

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Stefan Schuster

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Peter Meyer

Abg. Markus Ganserer

Abg. Tobias Reiß

Abg. Martin Güll

Abg. Ingrid Heckner

Abg. Florian von Brunn

Staatsminister Dr. Markus Söder

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Leitbild Handlungsfähiger Staat: Personalabbau stoppen, neue Stellen schaffen, Bayern zukunftsfähig machen!"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Das wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktionen angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. – Erster Redner ist nun der Kollege Stefan Schuster.

Stefan Schuster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der SPD rangiert ein starker Staat vor einem schlanken Staat. Wir wollen deshalb einen starken öffentlichen Dienst in Bayern mit Tarifbeschäftigten und Berufsbeamtentum. Wir begreifen den öffentlichen Dienst in Bayern als einen entscheidenden Standortfaktor. Die Stellenpläne, die Stellen und das berufliche Umfeld müssen entsprechend ausgestaltet sein. Kein zentraler Bereich kann nämlich ohne einen dauerhaft leistungsfähigen öffentlichen Dienst funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für die innere Sicherheit, die Justiz, die Schulen und die Hochschulen, die staatliche Infrastruktur, den Steuervollzug, die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, alle Fachverwaltungen und die allgemeine innere Verwaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Landtagsfraktion ist deshalb gegen die pauschale Sperrung von Stellen im öffentlichen Dienst in Bayern. Daher lehnen wir den längst überholten und gescheiterten Artikel 6b im Haushaltsgesetz ab.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Ursprünglich sollten damit von 2005 bis 2019 insgesamt 9.000 Stellen gestrichen werden. Mit dem Nachtragshaushalt 2016 will die Staatsregierung den Stellenabbau zwar bis zum Jahr 2022 strecken, aber insgesamt weiter erhöhen. Das sieht weniger nach Konzept, sondern vielmehr nach Lust und Laune aus. Stellenstreichungen sollte es nach unserer Meinung nur in Verbindung mit einer Aufgabenanalyse bzw. einer Aufgabenkritik und ohne Qualitätsverlust bei den Leistungen geben.

Leider ist der Ministerpräsident heute nicht da. Er hat auf dem Delegiertentag des Bayerischen Beamtenbundes gesagt, er werde sich bis zur Sommerpause Gedanken machen, eventuell den Artikel 6b zu streichen. Ich hoffe, dass diese Gedanken weit fortgeschritten sind und der Artikel 6b wirklich endgültig gestrichen wird.

(Beifall bei der SPD)

Auch die dreimonatige Wiederbesetzungssperre ist für uns kein geeignetes Instrument der Stellenbewirtschaftung. Wir halten sie insbesondere deshalb für falsch, weil der Ausfall in kleinen Dienststellen nicht kompensiert werden kann und fällige Einstellungen und Beförderungen verzögert werden. Sie gilt unverständlicherweise beispielsweise bei den Finanzämtern. Sie gilt vernünftigerweise nicht bei Lehrkräften an Schulen oder bei der Polizei.

Nichtsdestoweniger ist bei der bayerischen Polizei die Schmerzgrenze erreicht. Bereits im Februar hatten die bayerischen Polizistinnen und Polizisten zwei Millionen Überstunden angehäuft. Auf jeden Polizeibeamten im Freistaat entfallen im Schnitt 62 Überstunden. In manchen Dienststellen ist die Situation aber weitaus dramatischer. In den Grenzgebieten, beispielsweise in Freilassing und Passau, haben die Beamtin-

nen und Beamten deutlich mehr Arbeitszeit auf dem Konto. Über 200 Überstunden sind dort keine Seltenheit. Als Sofortmaßnahme fordern wir deshalb, zusätzlich Tarifbeschäftigte für Verwaltungsaufgaben einzustellen, um so die Polizei zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ähnlich sieht es in der Steuerverwaltung aus. Im Jahr 2011 sprach der Bayerische Oberste Rechnungshof erstmals von einer prekären Personalsituation und monierte, dass 1.903 Planstellen in bayerischen Finanzämtern nicht besetzt seien. Zum 1. Januar 2016 waren immer noch 1.536 der insgesamt 16.500 Stellen bei den Finanzämtern nicht mit Arbeitskräften besetzt. Ein Grund dafür ist, dass 540 der insgesamt 2.196 Anwärterinnen und Anwärter auf Beamtenstellen ausgebildet werden. Deshalb müssen umgehend zusätzliche Anwärterstellen bei den Finanzämtern geschaffen werden, nicht nur, um die Altersabgänge zu kompensieren, sondern auch, um den Personalkörper insgesamt zu stärken.

Kolleginnen und Kollegen, der mangelhafte Steuervollzug findet mittlerweile schon zum 19. Mal in Folge Erwähnung im Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Das ist zugleich zum fünften Mal, seit Markus Söder im November 2011 Finanzminister wurde. Der Oberste Rechnungshof beklagt wiederum Steuerausfälle in Millionenhöhe und listet Mängel in insgesamt sechs Teilbereichen auf, darunter die Arbeitsrückstände beim Finanzamt München, das über 40 % des Steueraufkommens in Bayern vereinnahmt.

Im Nachtragshaushalt 2016 gab es aus gegebenem Anlass zusätzliche Stellen für nahezu alle Ressorts, und dies teilweise in beachtlichem Ausmaß, nur in einem Bereich nahezu nicht: bei den Finanzämtern. Dort gab es gerade einmal 15 neue Planstellen im Nachtragshaushalt 2016 für die Sonderkommission "Schwerer Steuerbetrug". 1.536 Steuerbeamte fehlen. Die Reaktion darauf: 15 neue Stellen. Das ist umso verwunderlicher, als jeder Steuerbeamte wesentlich mehr bringt, als er kostet. Das durchschnittliche Ergebnis eines Steuerprüfers sind eine Million Steuermehreinnahmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr!

Stefan Schuster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Ja. – Weil wir zu wenige Steuerprüfer haben, werden Großbetriebe in Bayern nur alle fünf Jahre, mittelgroße Betriebe nur alle 22 Jahre und Kleinbetriebe nur alle 47 Jahre geprüft. Das muss sich ändern. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Deshalb muss mehr Personal eingestellt werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr gerne nimmt die CSU-Fraktion heute den Ball auf, den uns die SPD mit der von ihr beantragten Aktuellen Stunde zuspielt.

(Florian von Brunn (SPD): Ihre Krawatte sitzt schief!)

– Das macht nichts.

Herr Kollege Schuster, ich war, ehrlich gesagt, schon gespannt, wie Sie heute starten wollen, wie Sie heute mit dem Thema umgehen wollen, wie Sie sich das vorstellen können. Ich habe es befürchtet: Sie fordern pauschal überall mehr Personal, wünschen sich einen Staat, der sich weiter ausbreitet, getragen von dem Gedanken eines allmächtigen Staates mit noch mehr Aufgaben und Ausgaben und noch mehr Personal. Wo Probleme auftreten, müssen diese mit dem Geld anderer Leute gelöst werden, so wie immer.

(Reinhold Strobl (SPD): Das ist auch unser Geld, Herr Kollege! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Steuergeld. Das ist für Sie immer das Gleiche. Ich habe es Ihnen in der letzten Aktuellen Stunde gesagt: Sie kommen immer mit dem Ruf nach mehr Steuerbeamten

daher, Sie wenden jedes Mal diesen Dreisatz an. Ich sage es Ihnen noch einmal: Der Dreisatz gilt hier schlicht und ergreifend nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da ist der Oberste Rechnungshof aber anderer Auffassung! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vielmehr gilt das Gesetz vom sinkenden Grenzertrag. Aber das wollen Sie ja nicht verstehen, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen uns immer die Frage: Was verträgt unser Staat? Beim Thema Steuern gilt für uns der Grundsatz: Vertrauen – Kontrolle – Ahndung. Wir haben eine funktionierende Finanzverwaltung, und – ich sage es Ihnen an dieser Stelle noch einmal, damit Sie das auch wissen – Großbetriebe werden anschlussgeprüft.

Die Gleichung, die Sie aufstellen, ist aus meiner Sicht zu banal, vor allem, wenn Sie glauben, damit ein Bekenntnis für einen handlungsfähigen Staat und für die Zukunftsfähigkeit Bayerns abgeben zu können – womit ich dann auch beim Thema der Aktuellen Stunde angelangt wäre.

Ich sage Ihnen: Bayern und insbesondere seine Verwaltung sind seit Langem handlungsfähig, und Bayern ist auch zukunftsfähig.

(Beifall bei der CSU)

Die Leistungsfähigkeit der bayerischen Verwaltung kann angesichts der hier bewältigten Flüchtlingsankünfte niemand infrage stellen. Das war eine Ausnahmesituation, eine Krise, eine immens große Herausforderung. Wir haben dafür 5.449 zusätzliche Stellen in allen Bereichen geschaffen, bei der Polizei, für Lehrer, für die innere Verwaltung, für die Justiz, anlassbezogen, und wir konnten vor allem kurzfristig reagieren. So etwas ist nur möglich, wenn man es sich auch finanziell leisten kann. Damit hat Bayern auch Maßstäbe gesetzt.

Der Freistaat konnte dies aus eigener Kraft ohne die Aufnahme neuer Schulden finanzieren. Es gab, wohlgemerkt, keine Kürzungen an anderer Stelle. Die bayerischen Beamten sind motiviert, sind hervorragend ausgebildet und leisten insgesamt hervorragende Arbeit, und unsere bayerischen Beamten werden besser bezahlt als die in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Weil wir schwarz regiert sind!)

– Weil wir schwarz regiert sind, ganz genau, und weil wir wissen: Bayern ist ein starkes Land durch starke Beamte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die entscheidenden und grundsätzlichen Fragen der heutigen Aktuellen Stunde lauten deshalb für mich: Wie viel Staat will unsere Gesellschaft überhaupt?

(Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

In welchen Bereichen soll der Staat überhaupt mehr oder weniger handeln? Die Beantwortung dieser zentralen Fragen hat immer etwas mit Weltanschauung und persönlicher Perspektive zu tun. Wir von der CSU haben dabei einen ganz einfachen Ansatz, der da lautet:

(Florian von Brunn (SPD): Sehr einfach! Stimmt!)

So viel Staat wie nötig und so wenig Staat wie möglich.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Erfüllen beider Forderungen ist immer eine Gratwanderung mit Abwägungsprozessen. Wir führen diese Abwägungsprozesse durch. Wir von der CSU setzen auf Ausgewogenheit, Effizienz und Flexibilität im öffentlichen Sektor.

(Zurufe von der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wir setzen nicht auf einen omnipotenten Umverteilungsstaat, so wie Sie vielleicht, Frau Kollegin.

(Reinhold Strobl (SPD): So ein Unsinn!)

– Das ist eine grundsätzliche Vorstellung von Ihnen. – Wir setzen auf finanzielle Solidität, auf eine niedrige Schuldenquote, auf ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Wir haben immer die Kosten im Blick. Wir fragen deshalb: Wer kann wo besser werden?

(Margarete Bause (GRÜNE): Söder!)

Denn wir dürfen und können dem Steuerzahler nicht alljährlich unnötige Kosten aufbürden, und wir dürfen uns nicht von einer soliden Finanzpolitik verabschieden. Auf Dauer angelegte Kosten sind nämlich eine schwere Bürde für die Finanzen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Zukunftsinvestitionen müssen dafür weichen, und steigende Personalkosten führen zu einem sinkenden Spielraum bei den Investitionen. Wir dürfen es hier nicht zu einer Schieflage kommen lassen. Wir wollen eine stabile Personalausgabenquote. Das ist für uns zukunftsfest und generationengerecht.

Wie viel Staat ist also überhaupt notwendig? Darauf gibt es leider keine allgemeine und für alle Zeiten gültige Antwort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha! – Zurufe von den GRÜNEN)

Die CSU-Fraktion stellt schon seit einiger Zeit Überlegungen unter dem Motto "Moderner Staat" an. Wer also verantwortungsvolle Politik betreibt und Bayern zukunftsfähig machen will – um Ihre Begrifflichkeit zu nutzen –, der sollte sich schon etwas mehr Mühe machen und genau hinschauen und analysieren.

(Florian von Brunn (SPD): Sie! – Margit Wild (SPD): Das gilt aber für Sie! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Das gilt schon für Sie! Gerne helfe ich Ihnen an der Stelle weiter und erkläre verantwortungsvolle Personalpolitik, die nicht auf einer einfachen Formel basiert.

Damit komme ich zur Handlungsfähigkeit des Staates. Die Forderung nach mehr oder weniger staatlichem Personal und nach Beamten ist aus meiner Sicht von den globalen Rahmenbedingungen abhängig. In ruhigen Zeiten ohne größere Risiken und Bedrohungslagen verstummen in der Regel die Rufe nach einem starken Staat. Zu vernehmen sind im Gegenteil Rufe, die fordern, der Staat solle sich zurückziehen, sich auf hoheitliche Aufgaben konzentrieren und seinen Personalstand nicht weiter aufblähen. Es wird der Eindruck erweckt, vieles funktioniere ohne den Staat besser. In einer solchen guten und ruhigen Phase rücken immer mehr die Kosten des Staatsapparats in den Mittelpunkt der Diskussion. Der Nutzen wird gerne ausgeblendet.

Eine solche Phase erlebten wir im Jahr 2005. Die damalige Staatsregierung hielt es für vertretbar und erforderlich, die Zahl der Beamten bis zum Jahr 2019 – das haben wir mittlerweile bis zum Jahr 2022 ausgedehnt – sukzessive zu reduzieren, um den Staatshaushalt perspektivisch zu entlasten. Das hat durchaus Sinn. Schließlich übernimmt die Gesellschaft für jeden Beamten mit dem Tage seiner Einstellung eine jahrzehntelange Verantwortung. Außerdem kann der beschlossene Stellenabbau zur Schaffung notwendiger finanzieller Spielräume dazu beitragen, auf neue Aufgaben reagieren zu können.

Denkt denn wirklich einer der kreativen Oppositionspolitiker, dass die damalige Staatsregierung mit der Einführung des Artikels 6b die Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und sogar die Zukunftsfähigkeit des Freistaates aufs Spiel setzen wollte?

(Zuruf von der SPD: Vielleicht nicht wollte! Aber sie tat es!)

– Sie tun so, Herr Kollege, aber es waren andere Zeiten, und wenn Sie so denken, tun Sie mir leid, Herr Kollege.

Die Zeiten haben sich seit 2005 geändert. Eine Krise jagt die andere; manche treten auch parallel auf: Bankenkrise, Wirtschaftskrise, Eurokrise, Griechenlandkrise, Flüchtlingskrise, innere Sicherheit, Hochwasserkatastrophe – das alles führt zu einer Verunsicherung unserer Bürger. Im Zuge dieser Verunsicherung rückt für die Menschen der Nutzen eines starken und handlungsfähigen Staats wieder stärker in den Vordergrund. Ein starker Staat wird gefordert, und die Kosten verlieren wieder an Bedeutung. Das Pendel schlägt also in die andere Richtung. Deswegen hat die CSU-Fraktion zusammen mit der Staatsregierung in den vergangenen Jahren mit vielfältigen Maßnahmen reagiert und damit ein deutliches Bekenntnis zum öffentlichen Dienst abgegeben. Sie hat selbstverständlich in allen Bereichen Stellen geschaffen, wo es wegen des Handlungsbedarfs dringend erforderlich ist.

Wir haben uns immer gefragt, was zur Pflichterfüllung notwendig und was als Kür wünschenswert ist, wir haben gefragt, was verantwortbar und was finanzierbar ist. Wir taten das immer mit Maß und Ziel. Das ist Ausdruck von Effizienz und Verantwortung. Wir sind hier nicht nach Lust und Laune vorgegangen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben immer die übergeordneten Ziele im Blick: Stabilisierung der Personalausgaben, Schuldenabbau und solide Staatsfinanzen.

Kurzum: Gerade durch unsere verantwortungsvolle Personalpolitik ist und bleibt unser Staat handlungsfähig. Dieser Hinweis fehlt mir bei Ihrem Thema, Herr Kollege. Deswegen möchte ich an dieser Stelle präzisieren: "Leitbild Handlungsfähiger Staat" heißt für uns, durch verantwortungsvolle und flexible Personalpolitik die aktuellen Herausforderungen zu meistern und Bayerns Zukunftsfähigkeit nicht aufs Spiel zu setzen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr!

Wolfgang Fackler (CSU): Das ist unser Motto. Der öffentliche Dienst muss keine Herausforderung scheuen, und so soll es auch bleiben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Meyer.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Fackler, es geht uns, denke ich, nicht um den allmächtigen und überall präsenten Staat, sondern es geht einfach darum, das erforderliche Personal für die anstehenden Aufgaben bereitzustellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht alles, was Sie sagen, aber immerhin das, was Sie heute wieder vorgetragen haben, ist ein Offenbarungseid, dass Sie es nicht geschafft haben, ernsthaft eine Aufgabenkritik in Erwägung zu ziehen. Wenn Sie einmal etwas privatisiert haben, ist das nicht unbedingt besser oder billiger geworden.

Fragen Sie einmal die Autobahnmeistereien, wie es um die Billigvergabe an Private steht, die zum Rasenmähen auf die Autobahn fahren. Fragen Sie danach, welches Chaos da herrscht und wie viel Nacharbeit die Autobahnmeistereien leisten müssen, weil von den privaten Unternehmen die Arbeit nicht besser geleistet wird, als es das eigene Personal tun könnte.

Meine Damen und Herren, natürlich geht es heute um den Artikel 6b des Haushaltsgesetzes. Seitdem wir im Landtag sind, fordern wir jedes Jahr, diesen Artikel abzuschaffen. Es hat einfach keinen Sinn, nach der Rasenmähermethode pauschal Stellen einzuziehen und gleichzeitig, wie letztes Weihnachten beim Nachtragshaushalt, 1.000 neue Stellen zu schaffen, und das dann auch noch in Bereichen, die von Artikel 6b betroffen sind.

Die Polizei handelt bereits seit Jahren nach den Vorgaben des Artikel 6b. Das ist eine jahrealte Geschichte. Die Polizei wäre heute nicht in der schwierigen Lage, in der sie heute ist, wenn man damals mit dem Artikel 6b nicht erst dieses Loch geschaffen hätte. Später haben wir dieses Loch wieder mühsam geschlossen werden, das der Artikel 6b zuvor geschaffen hatte.

(Widerspruch bei der CSU)

– Natürlich stimmt das.

Der Herr Ministerpräsident hat bereits durchblicken lassen, dass er die Problematik erkannt hat. Er hat unverblümt, wenn auch verklausuliert, gesagt: Wir müssen einmal sehen, ob das die CSU-Fraktion auch erkennt. Der Ministerpräsident hat es erkannt.

Ich komme zur Forderung, neue Stellen zu schaffen. Natürlich brauchen wir punktuell – und zwar an sehr vielen Punkten – neue Stellen. Zwar ist durch den Nachtragshaushalt des vergangenen Jahres viel geschehen, aber es hatte auch lichterloh gebrannt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

– Natürlich, Herr Kollege Herold. Aber es reicht noch nicht überall. Weniger Personal spart nämlich nicht zwangsläufig Geld. Der Kollege Schuster hat es für die Finanzverwaltung vorgerechnet. Oder nehmen Sie die Bauverwaltung und denken Sie an die Fremdvergaben für Planungsleistungen in diesem Bereich. Glauben Sie, die Fremdfirmen machen dies zum Nulltarif? Das kostet genauso Geld. Allerdings läuft es dann nicht unter dem Haushaltstitel Personalkosten, sondern unter dem Titel Sachkosten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Das ist Ihr Trick, liebe Kollegen von der CSU. Es sind zwar keine Personalkosten, aber die Kosten sind und bleiben Kosten.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

– Natürlich, Herr Kollege Huber. Dass die Arbeit bei den Bauämtern nicht geringer wird, wenn Private mit der Planung beauftragt sind, ist auch eine Binsenweisheit. Das wissen wir doch schon lange. Meine Damen und Herren, mehr gut qualifiziertes Personal, beispielsweise auch in der Bauverwaltung, kann ebenfalls zum Geldsparen beitragen.

Kollege Schuster hat Tarifkräfte bei der Polizei gefordert. Da darf ich an die Tarifkräfte an Schulen erinnern. Welche Entlastungen man mit Tarifkräften in den Sekretariaten für die Lehrkräfte schaffen könnte – wir haben ja nicht einmal genügend Lehrkräfte – oder was man damit im Schulleiterbereich tun könnte, wurde im Hohen Hause oft genug diskutiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kommen wir nun zum Punkt "Bayern zukunftsfähig machen!". Hier handelt es sich nicht ausschließlich um das Resultat aus den Forderungen der Punkte 1 und 2; denn nur mehr Personal einzustellen, hilft auch nicht. Es muss schon das richtige Personal sein.

Der öffentliche Dienst wird immer mehr – er war es schon bisher – eine Servicestelle für Bürger und Wirtschaft. Ich erinnere an die Lebensmittelkontrollen. Darüber wurde in den letzten Wochen ausführlich diskutiert. Da ging bei Großbetrieben einiges schief. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass die Lebensmittelkontrolleure bei den Landratsämtern angesiedelt bleiben sollen. Sie, meine Damen und Herren, hätten schon längst das Kind mit dem Bad ausgeschüttet, ungeachtet der dort vorhandenen vertrauensvollen Zusammenarbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies gilt überhaupt für jegliche Art hoheitlicher Kontrolle. Ob es sich um die Lebensmittelkontrolleure, die Gesundheitsämter, die Bauaufsicht oder die Kommunalaufsicht handelt, jede hoheitliche Tätigkeit ist dann am effektivsten, wenn ihre Beratung funk-

tioniert. Diese Beratung ist ein ganz wichtiger Punkt; hier brauchen wir richtig gute Leute.

In Zeiten des Fachkräftemangels ist es natürlich nicht so einfach, diese guten Leute zu finden. Da konkurrieren wir mit der privaten Wirtschaft, und zwar nicht nur monetär. Ich sage immer, allein mit Geld werden wir es nicht schaffen, aber es wird auch nicht ganz ohne monetäre Anreize gehen. Schauen Sie sich einmal an, wie die Mitarbeiter in der zweiten und dritten Qualifikationsebene in den Ballungsräumen mit ihrem Gehalt zufrieden sind.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte beachten Sie die Uhr!

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Es geht auch um die Familienfreundlichkeit. Ich erinnere daran, dass durch das Gesetz zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits viel geschehen ist; dieses Gesetz haben wir alle mitgetragen, aber es geht nicht nur um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern es geht auch um Familie und Karriere. Da gibt es durchaus noch gewisse Unterschiede.

Meine Damen und Herren, es ist nicht alles Gold, was uns die CSU an Glänzendem vorträgt. Es gibt noch viel zu tun. Packen wir es gemeinsam an!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Nächster Redner ist der Kollege Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hier im Hohen Hause gefassten Beschlüsse, sei es beim Hochwasserschutz, bei der Lebensmittelsicherheit oder bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, würden sich ohne eine gut aufgestellte Verwaltung nicht umsetzen lassen. Hier gilt einleitend mein Dank unseren Staatsbediensteten für die hervorragende Arbeit, die sie für die Menschen in unserem Freistaat leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will nicht in Abrede stellen, dass mit dem letzten Nachtragshaushalt bei der Polizei und der Bildung eine ganze Reihe von Stellen geschaffen worden ist. Das war notwendig und richtig, weil uns die innere Sicherheit und die Integration der zahlreichen hilfesuchenden Menschen, die zu uns gekommen sind, ein wichtiges staatliches Anliegen sind.

Sie aber halten an den ursprünglichen Plänen, bis 2019 9.000 Stellen abzubauen, er-bittert fest. Doch während der Finanzminister Planstellen streicht, wird draußen die Arbeit nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So trägt dieses Dogma der pauschalen Stelleneinsparung mittlerweile üble Früchte. Ich will ein paar Beispiele bringen: Auf die Schriftliche Anfrage zur Privatisierung bisheriger staatlicher Leistungen antwortet die Staatsregierung für den Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums:

Oftmals wird durch die Übertragung auch nur sichergestellt, dass die Aufgabe überhaupt aufrechterhalten werden kann, da die staatliche Aufgabenwahrnehmung mangels der dafür erforderlichen personellen Kapazitäten nicht mehr möglich ist.

Weiter heißt es:

Grundsätzlich ist eine Kostensenkung durch Verlagerung von Aufgaben aus dem staatlichen Bereich in die Privatwirtschaft bei gleichbleibenden Qualitätsstandards kaum möglich, da die Privatwirtschaft im Gegensatz zum Staat eine Gewinnerzielung beabsichtigt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Diese Antwort ist im Prinzip ein Offenbarungseid für Ihre verfehlte Personalpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ein weiteres Beispiel betrifft die Lebensmittelsicherheit. Hier braucht es immer erst handfeste, große Skandale, bis Sie endlich einräumen, dass die großen Betriebe unzureichend überprüft und überwacht worden sind. Dann werden scheinbar ein paar weitere Stellen geschaffen. Der ORH fordert in seinem Gutachten aus gutem Grund eine echte Personalbedarfsplanung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel ist die Wasserwirtschaft. Von 2001 bis 2012 wurden auf diesem Gebiet über 500 Stellen abgebaut. Es hat erst im Jahr 2013 eine Jahrhundertflut kommen müssen, bis Sie eingesehen haben, dass dieser Stellenabbau ein Riesenfehler war. Sie haben dann zunächst 150 Stellen geschaffen, welche aber bis zum Jahr 2022 befristet sind. Sie halten bei der Wasserwirtschaft an den Personaleinsparungen fest.

Auch die Forstverwaltung ist hierfür ein Beispiel. Der Umbau der Fichtenmonokulturen hin zu stabilen Mischwäldern wird vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden Klimakrise eine wichtige Zukunftsaufgabe. Diese Aufgabe wird noch eine ganze Förstergeneration beschäftigen. Aber Sie sparen weiter Personal ein und bauen Planstellen ab. Der nötige Umbau im Privatwald durch Projekte kann seit vielen Jahren nur durch befristete Stellen aufrechterhalten werden.

Wie meine aktuelle Schriftliche Anfrage zeigt, ist die Anzahl der befristeten Stellen absolut und prozentual gestiegen. Mit knapp 46.000 befristeten Arbeitsverhältnissen ist fast jedes dritte Beschäftigungsverhältnis befristet. Im Schnitt sind über 60 % der befristeten Stellen von jungen Menschen unter 35 Jahren besetzt. Die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme in eine unbefristete Stelle ist verschwindend gering. Das heißt, die Zeche für Ihre verfehlte Personalpolitik zahlen die jungen Leute, weil mit einer befristeten Stelle keine sichere Lebensplanung möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Art der Personalpolitik ist nicht nur skandalös, sondern in höchstem Maße auch ineffektiv, weil Befristungen letztendlich immer bedeuten, dass für die gleiche Tätigkeit ständig neue Leute angelern werden müssen und eine Einarbeitungszeit notwendig ist. Ich will jetzt nicht wie die SPD sagen, dass man überall pauschal zusätzliches Personal braucht. Aber was wir brauchen, ist eine echte Aufgabenanalyse und -kritik.

Herr Kollege Fackler, Sie haben gefragt, welche staatlichen Aufgaben wir leisten können. Aber die Antwort sind Sie schuldig geblieben. Um die Antwort drücken Sie sich wie der Teufel ums Weihwasser, weil sie nicht angenehm ist. Wir brauchen eine echte Stellen- und Aufgabenkritik und eine vernünftige Personalplanung; denn dort, wo die Verwaltung entsprechende Aufgaben zu erfüllen hat,

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Markus Ganserer (GRÜNE): müssen angemessene Personalstellen vorgesehen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Ganserer, wir bleiben keine Antworten schuldig, sondern tun genau das, was erwartet wird, nämlich auf Herausforderungen der Zeit zu reagieren.

(Markus Ganserer (GRÜNE): Sie bauen Stellen ab und geben der Verwaltung immer mehr Aufgaben!)

– Herr Kollege Ganserer, wir haben nicht nur im Nachtragshaushalt 2016 neue Stellen geschaffen. Wer den Haushalt anschaut, stellt fest: Seit 2013, also in dieser Legislaturperiode, haben wir 8.865 Stellen in Bereichen, in denen es erforderlich war, geschaffen.

Lieber Herr Kollege Stefan Schuster, wir sehen diese Konkurrenz zwischen dem starken und dem schlanken Staat nicht; denn auch ein schlanker Staat kann stark und fit sein und auf die modernen Herausforderungen adäquat regieren, wie es seit 2013 der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Diesen modernen Staat wünscht und bestätigt auch der Bayerische Beamtenbund auf seinem Delegiertentag.

(Zuruf von der SPD)

Ich erinnere an die Ausführungen, des Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes Habermann, zum Thema "modern und zukunftssicher" am "Tag des öffentlichen Dienstes" vor 14 Tagen. Das ist es, was wir uns für den öffentlichen Dienst wünschen. Herr Habermann bestätigt – ich zitiere –:

In Bayern ist man derzeit auf dem richtigen Weg. Die Politik hat erkannt, dass ein starkes Bayern ohne einen starken öffentlichen Dienst nicht möglich ist. Als Kernelement des Staates stellt der öffentliche Dienst einen entscheidenden Standortfaktor dar.

Das bestätigt uns der Beamtenbund.

(Beifall bei der CSU)

Wer sich die Bilanz der letzten Jahre anschaut, die wir alle bekommen haben, stellt fest: Die bayerischen Beamten werden im Bundesvergleich am besten bezahlt. Wir haben im Ländervergleich im Jahr teilweise einen Besoldungsvorsprung von bis zu 8.000 Euro.

Lieber Herr Kollege Schuster, wir haben seit fünf Jahren das neue Dienstrecht. Das Stellenhebungsprogramm zum neuen Dienstrecht ist abgeschlossen. Wir haben für die bayerischen Beamten über 41.500 Hebungen, mehr Beförderungsmöglichkeiten

und Geld vorgesehen. Mit den weiteren Programmen in diesem Bereich haben wir über 50.000 besser bezahlte Stellen. Als einziges Bundesland haben wir die Mütterrente eingeführt. Bayern ist also ein fairer Partner seiner Beamten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Das ist nicht überall so. Ich habe in der Vorbereitung auf die heutige Sitzung in der "FAZ" vom 20.05. einen Artikel gefunden mit dem Titel: "Geschätzte und gefolterte Beamte". Die "FAZ" zieht darin eine Bilanz der letzten zehn Jahre nach der Föderalismusreform und stellt fest, was Bayern und Baden-Württemberg unterscheidet. Fazit dieses Artikels ist: Wo es in Münchens Beamtenpolitik leuchtet, sieht es in Stuttgart finster aus.

(Beifall bei der CSU)

In dem Artikel wird berichtet, der Innenminister wolle dort die Folterwerkzeuge auspacken, Pensionen kürzen und Besoldungserhöhungen deckeln. In Bayern werden Beamte geschätzt, woanders werden sie offensichtlich gefoltert. Wir haben erkannt, dass der öffentliche Dienst unverzichtbarer Partner der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihres Alltags, aber auch der Wirtschaft ist.

Unsere 500.000 Landes- und Kommunalbediensteten leisten trotz schwieriger Rahmenbedingungen – das räume ich ein – eine hervorragende Arbeit. Hier ist es unser Ziel, in Bayern auch in Zukunft als moderner, verlässlicher, bürgernaher und leistungsfähiger Staat unterwegs zu sein.

Auch die Vorsitzende des Landespersonalausschusses, die in der letzten Sitzung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zu Gast war, hat bestätigt, dass sie sich in ihrem Jahresbericht schwerpunktmäßig mit der Nachwuchsgewinnung beschäftigt hat. Am Auswahlverfahren für die zweite und dritte Qualifikationsebene hatten sich 14.000 junge Leute beteiligt. Mehr als 2.000 junge Menschen haben wir neu eingestellt. Die Vorsitzende des Landespersonalausschusses hat weiter berichtet, dass seit

2002 die höchsten Einstellungszahlen zu verzeichnen sind. Wir sind also auf dem richtigen Weg, um die bayerische Staatsverwaltung personell richtig auszustatten.

Auch die Flüchtlingskrise wurde angesprochen. Auf diesem Gebiet wurde im letzten Jahr Enormes geleistet. Wir stärken den Staat, wo es nötig ist. Der Nachtragshaushalt 2016 ist hier angesprochen. Das ist ein europaweit einmaliges Programm für mehr Sicherheit und gelungene Integration von Flüchtlingen. 3,31 Milliarden Euro haben wir allein für diese Bereiche bereitgestellt. 1.700 neue Lehrer stehen zur Verfügung. Wir haben ein im bundesweiten Vergleich beachtliches Berufsintegrationsprogramm in den Schulen eingerichtet. Die Beamtenpolitik in München leuchtet.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr? – Ach, wunderbar! Danke schön!

(Beifall bei der CSU)

Nächster Redner ist der Kollege Güll.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wünschen uns einen Staat, über den die Bürgerinnen und Bürger sagen können: Die Aufgaben werden erfüllt, und wir zahlen zu Recht unsere Steuern, weil wir dafür eine Gegenleistung bekommen. – Auch wir wollen keinen überbordenden Staat und planlose Ausgaben, sondern wir wollen, dass man genau hinschaut, was der Staat leisten muss und wie er es leistet. Das macht Zukunfts- und Handlungsfähigkeit aus. Das funktioniert nicht, wenn man es auf Kosten des Personals macht, wie wir das im Moment zum Teil erleben. Wir haben gerade im Bildungsbereich belastete Beamte. Da leuchtet es wirklich nicht, so wie Sie, Herr Kollege Reiß, es sagen. Wir nehmen gerade im Bildungsbereich vermehrt wahr, dass viele der zu leistenden Aufgaben auf Kosten des Personals erfüllt werden, weil die Personalausstattung auf Kante genäht ist.

Lassen Sie uns einmal einen Blick auf die einzelnen Bildungseinrichtungen werfen und mit den Kitas beginnen. Anfang des Jahres gab es eine Umfrage, nach der 90 %

der Bayern eine Verbesserung der Betreuungsqualität durch mehr Personal für wichtig halten. Das hat unsere Kollegin Doris Rauscher ermittelt. Wir wollen, dass der Staat entsprechende Mittel bereitstellt, damit wir die Kitas mit mehr Personal ausstatten können, um die Qualität zu sichern und die Aufgaben, vor die wir mit der Integration gestellt sind, leisten zu können. Das ist der erste Bereich.

Wenn wir uns die Schulen anschauen – auch das kann man nur punktuell beleuchten –, stellen wir fest, dass wir immer noch einen erheblichen Unterrichtsausfall haben. Da gibt es nun zwei Möglichkeiten: Entweder man sagt, das ist halt so, das müssen wir hinnehmen, oder man arbeitet dagegen und versucht, diesen Ausfall durch mehr Personal auszugleichen, die Mobile Reserve zu stärken und integrierte Lehrer in großer Zahl einzustellen. Wir haben das einmal berechnet: Allein dafür bräuchten wir 6.000 zusätzliche Lehrkräfte. Ich weiß, das klingt nach viel, aber das ist nur eine Bestandsaufnahme, und darüber muss man sich Gedanken machen. Aber was nicht geht, Herr Finanzminister – auch wenn er nicht da ist –

(Widerspruch bei der CSU)

Er ist doch da? Oh, Entschuldigung! – Ja, weil er nicht auf dem Platz sitzt, wo er normalerweise hingehört.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der vagabundiert auf der Regierungsbank!)

Es geht angesichts dieser Aufgaben nicht darum, demografische Renditen zu errechnen, sondern das vorhandene Personal sinnvoll einzusetzen.

Herr Kollege Reiß, ja, es ist in diesem Hohen Hause Geld für die Integrationsaufgabe zur Verfügung gestellt worden, aber wir können doch nicht leugnen, dass wir gerade im Bildungsbereich Aufgaben haben, die wir seit Langem vor uns herschieben: die Entlastung der Schulleiter; die Verwaltungsangestellten sind angesprochen worden; wir brauchen zusätzliches pädagogisches Personal; wir haben die Inklusion zu stem-

men. Die hundert Stellen reichen bei Weitem nicht. Hier muss der Appell sein, genau hinzuschauen und Personal bereitzustellen, das vor Ort gebraucht wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ausdrücklich noch Ihren Blick auf die beruflichen Schulen lenken; denn die werden oftmals als Stiefkind angesehen. Wir haben in den Berufsschulen zum Teil nur 90 % Abdeckung des Pflichtunterrichts. Wir bräuchten allein 350 Planstellen, um die Überstunden abzubauen, die sich dort angehäuft haben. Wir haben in den "Flaggschiffen", also den Fachoberschulen, einen Schülerzuwachs, der nicht mit einem entsprechenden Personalzuwachs einhergeht. All das sind Dinge, die man mit Blick auf die nächsten vier Jahre, die nächsten zwei Doppelhaushalte, ernsthaft diskutieren muss und für die man entsprechende Mittel bereitstellen muss.

Schlussendlich darf man auch die Hochschulen nicht vergessen. Auch dort muss man einmal genau hinschauen. Rund 80 % des Personals im akademischen Mittelbau, der die Arbeit in Forschung und Lehre leistet, sind mittlerweile in aller Regel befristet angestellt. Hier hat uns die Kollegin Zacharias einmal ausgerechnet: tausend Stellen wären das Mindeste, was wir bräuchten, um eine entsprechende Ausstattung zu gewährleisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie allein diese Beispiele hören, erübrigt sich die Frage, ob wir einen überbordenden Staat wollen. Wir wollen, dass die Aufgaben, die der Staat dem Personal aufträgt, erfüllt werden können. Deshalb muss die Sparpolitik beendet werden. Wir brauchen mehr Stellen zur Erfüllung dieser Aufgaben.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes möchte

ich festhalten, dass ich aus der Arbeit unseres Ausschusses weiß, dass wir alle miteinander, und zwar alle Fraktionen, sehr verantwortungsbewusst mit dem Thema, wie wir ein zukunfts- und handlungsfähiger Staat sein wollen, umgehen. Dass dabei unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, ist in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit.

Meine sehr verehrten lieben Kollegen, ein handlungsfähiger Staat ist einer, der auch auf Situationen reagieren kann. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass hier vonseiten der Opposition kritisiert wird, dass in Sondersituationen wie derzeit der Flüchtlingssituation oder aufgrund des Jahrhunderthochwassers kurzfristig neue Stellen geschaffen werden. Schnell reagieren können wir nur, weil wir in der Fläche und über lange Zeiträume eine sehr verantwortungsvolle Personalpolitik betreiben, die uns diese finanziellen Spielräume lässt.

(Beifall bei der CSU)

Einen handlungs- und zukunftsfähigen Staat – das haben meine Kollegen vorab bereits ausgeführt – macht natürlich auch aus, dass er mit seinen Beamten sorgsam umgeht, Wir besolden sie im Bundesvergleich außerordentlich gut, schaffen familienfreundliche Rahmenbedingungen und sind ein attraktiver Arbeitgeber.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie, Herr Kollege Meyer, davon sprechen, wir hätten es nicht geschafft, eine Aufgabenkritik hinzubekommen, ist das schlichtweg falsch. Bürokratieabbau, der von der Bevölkerung gefordert wird, ist ein ständiger Prozess. Ich möchte Sie deutlich auffordern, sich auch daran zu beteiligen, Vorschläge zu machen und nicht nur immer zu sagen, es passiere nicht genug.

(Beifall bei der CSU)

Wir alle wissen auch, dass unsere Bevölkerung immer dann, wenn es ein Problem gibt, nach neuen Regelungen schreit. Es ist also nicht so einfach, zu sagen: Jetzt machen wir Tabula rasa und schaffen Verordnungen einfach ab.

Zum Thema Privatvergaben möchte ich auch noch ein paar Sätze sagen. Es wäre unnatürlich, wenn Aufgaben an Privatfirmen abgegeben würden, wie es im Baubereich häufig der Fall ist, und dort billiger gearbeitet würde. Das haben wir auch nie behauptet. Nur eines muss uns klar sein: Jeder Beamte, den wir für diese Aufgabe einstellen,

--

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Können Sie mich vielleicht auch einmal ausreden lassen? Wir waren bei euch sehr höflich!

(Beifall bei der CSU)

Man darf einmal darauf hinweisen, dass wir jedem Beamten, den wir heute einstellen, 40 Jahre lang eine amtsangemessene Besoldung garantieren, dass wir jedem Beamten – ich will hoffen – 30 Jahre Ruhestand finanzieren. Das bitte ich in die Kosten einzubeziehen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dann darf ich noch einen Blick auf andere Länder richten. Mit Stolz kann ich sagen, dass wir eine demografiegerechte Personalplanung machen. Wir berechnen im Voraus, wann wie viele Polizisten in Ruhestand gehen werden. Wir berechnen im Voraus für alle Bereiche, in denen wir lange Ausbildungszeiten haben, wie viel Personal wir wann brauchen, und dementsprechend bilden wir zeitgerecht und frühzeitig aus. Wenn Polizisten in Pension gehen, fällt es uns nicht erst kurz vor Torschluss ein, dass wir keine haben und deshalb Hilfspolizisten brauchen, die innerhalb von ein paar Monaten ausgebildet werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Kollegen, dem Kollegen von Brunn – wie ich der Presse entnehmen konnte, hat er sich in dieser Pressemitteilung geäußert – möchte ich sagen: Mit Zahlenspielen, die noch dazu falsch sind, ist uns bei diesem Thema überhaupt nicht geholfen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir darüber reden – das konnte ich heute der Presse entnehmen –, dass in der Wasserwirtschaft bis 2022 über 1.000 Stellen abgebaut werden sollen, entsteht der Eindruck, dass bis dahin nochmals 1.000 Stellen abgebaut werden sollen. Tatsächlich werden aber auch zwischen 2005 und 2022 keine 1.000 Stellen abgebaut. Deshalb würde ich mir von der Opposition wünschen, lieber Kollege von Brunn, dass mit mehr Seriosität gearbeitet wird.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das wünschen wir uns von der Regierung schon lange!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorredner meiner Fraktion haben die Probleme schon umrissen. Mit dem Stoiberschen Downgrade-Programm, dem Abbauprogramm unter dem irreführenden Titel "Verwaltung 21" hat die CSU die bayerische Verwaltung nicht, wie sie behauptet, modernisiert und gestrafft, sondern sie hat die Verwaltung geschwächt und ihr trotzdem immer mehr Aufgaben aufgebürdet. Ihre Fehler sehen Sie aber heute – das merkt man an dieser Debatte – immer noch nicht ein.

(Beifall bei der SPD)

Die Last müssen die Beschäftigten tragen. Wie man am Beispiel der Wasserwirtschaft und der Lebensmittelüberwachung sehen kann, verdanken wir es allein der großen Leistungsbereitschaft und dem Engagement der Beschäftigten, nicht aber dem Engagement der CSU und der Staatsregierung, dass diese Staatsaufgaben so gut erfüllt werden.

Zum Stichwort Wasserwirtschaft: Es ist unfassbar, dass die CSU in der Wasserwirtschaft einen massiven Stellenabbau durchgeführt hat, obwohl Bayern in den letzten Jahrzehnten immer wieder von großen Hochwassern und deren schlimmen Folgen getroffen wurde. Dieser Stellenabbau wird bis heute von der Staatsregierung fortgesetzt. Es fing schon früh an, aber mit der Hungerkur "Verwaltung 21" wurde der Personalabbau noch beschleunigt. Seit 2005 – Frau Heckner, hören Sie gut zu! – wurden bis heute über 600 Stellen gestrichen. Seit 1996 sind es sogar 900 Stellen, die in der Wasserwirtschaft weggefallen sind. Und bis 2022 sollen es weitere 600 Stellen sein.

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist doch nicht wahr!)

– Das ist die Wahrheit.

(Ingrid Heckner (CSU): Geben Sie sich seröser!)

– Frau Heckner, Sie wollten doch auch nicht unterbrochen werden. – Heute fehlen 750 Fachleute, und im Jahr 2022 werden in der Summe über 1.300 Fachleute fehlen, die die bayerische Bevölkerung vor Hochwasser und Sturzfluten schützen sollten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Skandalös!)

Wir haben es Ihnen schon oft gesagt, zuletzt im Zusammenhang mit Simbach, und heute sagen wir es Ihnen noch einmal: Stoppen Sie diesen Wahnsinn, stärken Sie die Wasserwirtschaft endlich, anstatt sie weiter auszuzeihen!

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Der Lebensmittelskandal um Bayern-Ei und das Gutachten des Obersten Rechnungshofes haben massive Probleme im bayerischen Verbraucherschutz offengelegt. Auch hier geht es um den Schutz von Leib und Leben der bayerischen Bevölkerung. Auch hier grassieren Personalmangel und Sparwahn. Schon 2012 wurde ein Lebensmittelkontrolleur in einer großen überregionalen Zeitung mit den Worten zitiert: Wir sind einfach zu wenig Leute, schauen aber, dass wir wenigstens das Nötigste abdecken. Im Dezember letzten Jahres schrieben die Veterinäre unter anderem, dass das dringend vor Ort erforderliche Personal zahlenmäßig nicht mehr aufgabengerecht zur Verfügung stehe. – Die Lebensmittelkontrolleure weisen seit Jahren auf die unzureichende Personalsituation hin. Im April konnte man in einer Zeitung lesen, dass die Lebensmittelkontrolleure in den Landkreisen überlastet seien, dass sie es nicht schaffen, die vorgeschriebene Zahl an Betriebskontrollen durchzuführen. Im Bayerischen Rundfunk sagte ein Landrat, man habe zwar laufend gewaltige Aufgaben zu erfüllen und Probleme zu bewältigen, aber man habe nicht die Ressourcen, die man dazu brauche.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Ich warne Sie an dieser Stelle eindringlich davor, im Zuge der geplanten Reformen und Veränderungen nur Personal umzuschichten oder gar heimlich abzubauen. Wir brauchen in Bayern eine Verstärkung der Lebensmittelüberwachung, aber keinen Abbau und auch keinen Verschiebebahnhof.

(Beifall bei der SPD)

Diese Zahlen und diese Erfahrungsberichte sind eindeutig. Staatsregierung und CSU haben in fehlgeleiteter Reformwut aus einem starken Staat mit guter Verwaltung einen Magerstaat mit Mangelverwaltung gemacht.

(Tobias Reiß (CSU): So ein Schmarrn!)

Wir fordern Sie heute auf, das Ruder zugunsten der Beamten und Angestellten, für die Sie eine Fürsorgepflicht haben, herumzureißen. Wir brauchen in der Wasserwirtschaft

und in der Lebensmittelüberwachung genügend gut qualifiziertes Personal, und zwar in einer Stärke, dass es auch mit zeitweiligen Ausfällen fertig werden und Belastungsspitzen und Sonderaufgaben bewältigen kann. Wir brauchen unbefristete Arbeitsverträge und Weiterbildungsmöglichkeiten. Für die Lebensmittelkontrolleure brauchen wir auch bessere Aufstiegschancen.

(Beifall bei der SPD)

Ändern Sie jetzt Ihren falschen Kurs. Stoppen Sie die fehlgeleitete Hungerkur. Orientieren Sie sich am Leitbild eines handlungsfähigen Staates und an den Interessen der bayerischen Bevölkerung. Dazu zählen auch die Beschäftigten in den angesprochenen Bereichen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Söder ans Rednerpult.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt genau zugehört und war auch die ganze Zeit da, Herr Güll. Eines muss ich schon sagen: Wenn es stimmen sollte, dass Bayern nicht handlungsfähig sei, dass wir nicht leistungsfähig seien, dass wir massivste Zerwürfnisse hätten, dann wären wir auf dem Niveau von Staaten, die außerhalb Europas liegen. Das Gegenteil ist doch der Fall: Wir sind das erfolgreichste und stabilste Land in Deutschland. Lassen wir also einmal die Kirche im Dorf.

(Beifall bei der CSU)

Ist es wirklich so, dass wir in den letzten Jahren weniger Beamte hatten? Dann würde Ihre These stimmen. Wir hatten in den letzten fünf Jahren im gesamten Personalbestand in Bayern 11.000 Mitarbeiter mehr. Deshalb ist es von vorneherein absurd, wenn Sie sagen, wir würden einen Kahlschlag betreiben; denn wir haben 11.000 Mitarbeiter mehr. Wir setzen auf einen starken Staat – dies übrigens überall –, wir wollen einen

starken Staat, wir wollen aber auch eine solide finanzielle Balance zwischen Staatsaufgaben und sinnvollen Steuerausgaben. Das kommt auch dazu.

(Beifall bei der CSU)

Dass wir die Arbeit der Beamten schätzen, zeigt sich daran, wie wir sie alimentieren. Nicht überall in Deutschland schätzen die Bundesländer die Arbeit der Beamten in gleichem Maße wert. Viele Bundesländer übertragen die Tarifabschlüsse für ihre Angestellten nicht eins zu eins auf die Beamten. In vielen Bundesländern gibt es im öffentlichen Dienst eine Zweiklassengesellschaft. Beamte müssen dort Sonderopfer bringen. Wir in Bayern lehnen das ab, weil wir den öffentlichen Dienst, Beamte wie Angestellte, in gleichem Maße wertschätzen. Das gibt es nicht überall in Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Ist Ihr Gedächtnis so kurz, Herr Staatsminister?)

Diese Wertschätzung führt im Übrigen auch dazu, dass unsere Beamten anders motiviert sind. Wer beim Bayerischen Beamtenbund war – ich war jedenfalls dort, Sie waren, glaube ich, auch dort – stellt fest, dass die Zustimmung der bayerischen Beamten zu dem, was die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtags vertreten, seit Jahren in einem vernünftigen Maß liegt. Warum? – Weil die Beamten spüren, dass wir ihre Arbeit schätzen. Zu anderen Bundesländern gibt es Unterschiede in der Gehaltsstruktur in Höhe von fast 5.000 Euro pro Jahr. Dazu kann ich nur sagen: Man kann in Sonntagsreden gerne über Beamte reden; wenn man sie aber nicht ordentlich bezahlt, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist, zeigt man, was man von ihrer Leistung wirklich hält. Wir schätzen unsere Beamten.

(Beifall bei der CSU)

Das wissen unsere Beamten übrigens auch.

Aber wir müssen auch in Personalfragen alle Belange in einer sinnvollen Balance halten. Das haben wir immer versucht, und es ist uns immer gelungen. Es bedarf dieser

Balance, weil auch die Ausgaben für das Personal in Relation zum gesamten Staatshaushalt, insbesondere zu den Steuereinnahmen, gesehen werden müssen. Unsere Personalausgabenquote liegt bei rund 40 %. Neue Stellen sind schnell beschossen, keine Frage. Aber nicht wenige Mitglieder des Landtags fordern auch, dass wir zukunftsorientiert und damit generationengerecht handeln sollen. Schon im nächsten Doppelhaushalt werden wir ein massives Ansteigen der Pensionsausgaben erleben. Diese resultieren aus Einstellungen, die vor 20, 30 Jahren vorgenommen wurden.

Jeder muss wissen: Eine Stelle ist schnell beschossen. Aber wir streben auch eine nachhaltige Entwicklung an. Dazu gehört es, dass die Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Anderenfalls werden wir in einigen Jahren 60 bis 70 % des bayerischen Etats für Personal bzw. für Pensionen ausgeben. Diesen Weg sollten wir nicht einschlagen. Das kann nicht der Pfad der Zukunft sein. Wenn wir heute bedenkenlos Stellen ausloben und Investitionen zurückfahren, werden wir später die Pensionen möglicherweise sogar kürzen müssen, da deren Anteil am Haushalt zu groß wird.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Sorgen Sie erst einmal für Vorsorge, Herr Minister!)

Wir betreiben nachhaltige Politik für Bayern. Dazu gehört Schuldentilgung, um Zinsausgaben einzusparen. Wir haben einen Pensionsfonds, der hohe Renditen bringt. Mit unserer sinnvollen Personalpolitik sind wir die Einzigen in Deutschland, die im Haushalt die Balance zwischen starkem Staat und Generationengerechtigkeit halten.

(Beifall von der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen greifen Sie auch in den Pensionsfonds!)

Auch zum Stellenabbau will ich etwas sagen. Dazu gehört natürlich der berühmte Artikel 6b des Haushaltsgesetzes. Artikel 6b – der Begriff allein erzeugt in jedem Bierzelt eine phantastische Wirkung. Wenn wir "6b" sagen, versteht doch kein Bürger, wovon wir sprechen.

Ich erinnere daran, dass der Stellenabbau mit einer Aufgabenreduktion einherging. Das stimmt doch! Es ist einfach falsch, wenn behauptet wird, eine Aufgabenreduktion habe es nicht gegeben. Wir haben tatsächlich etwas Personal abgebaut. Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass wir in anderen Bereichen einen deutlichen Personalaufwuchs hatten. Ich will nur drei Bereiche herausgreifen:

Obwohl die Schülerzahlen zurückgegangen sind, haben wir in den vergangenen Jahren im Bildungsbereich Stellen belassen und sogar neue aufgebaut. Warum? – Weil wir wissen, dass wir auch im Bildungsbereich vor neuen Herausforderungen stehen. In den Städten ist es vor allem die Migrationsfrage. Im ländlichen Raum wollen wir kleine Klassen bzw. kleine Schulen nicht auflösen und damit bewusst ein Signal setzen. Zudem wollen wir den Schülerinnen und Schülern differenzierte Angebote machen. Unter dem Strich heißt das: Uns in Bayern ist Bildung wichtig. Deshalb haben wir in diesem Bereich mehr Stellen geschaffen. Zu dieser Entscheidung stehe ich; denn sie ist sinnvoll. Ich betone: Bildung ist für unser Land wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben bei der Polizei massiv zugelegt.

Ich erinnere an das Integrationspaket, das wir unter fraktionsübergreifendem Lob im Landtag beschlossen haben. Für neue Stellen im Integrationsbereich stellen wir so viele Mittel zur Verfügung, wie wir in zehn Jahren zuvor im Personalbereich eingespart haben. Übrigens wird es nicht leicht sein, neue Stellen so qualifiziert zu besetzen, wie es notwendig ist. Auch das sollte bei der Forderung nach neuen Stellen bedacht werden.

Sicherheit ist für uns eine zentrale Frage. Deshalb haben wir uns für den Aufwuchs bei der Polizei entschieden. Da Sie von der SPD mehr Stellen bei der Polizei fordern, sollten Sie etwas anderes nicht außer Acht lassen: Wir würden uns freuen, wenn Sie der Polizei immer Rückendeckung geben würden, nicht nur dann, wenn alles super ist,

sondern auch dann, wenn Fehler gemacht werden, also in kritischen Zeiten. Auch dann muss man hinter seinen Beamten stehen und sie verteidigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zur Steuer. Lieber Stefan Schuster, man kann alte Reden sicherlich immer wieder vorlesen; sie werden dadurch aber nicht attraktiver. Das ist wie mit vielen anderen Dingen, die man immer wieder aufzuwärmen versucht.

Wir haben in den letzten Jahren die Steuerfahndung massiv – um 30 %! – verstärkt. Wir haben die Zahl der Betriebsprüfer erhöht. Pro Einzelprüfer erzielen wir mit die höchsten Ergebnisse in Relation zu anderen Bundesländern. Die Steuerfahndung hat ein Plus von 50 % an Steuereinnahmen gebracht. Als Folge der intensivierten Steuerfahndung sind insgesamt 353 Jahre an Freiheitsstrafen verhängt worden. Aber wie ist die Philosophie der SPD bei der Steuer?

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Halbleib, Sie sind nicht mehr zuständig und rufen dennoch dazwischen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn etwas Falsches gesagt wird, dann schon! – Beifall bei der SPD)

– Es hätte mich auch gewundert, wenn Sie sich zurückgehalten hätten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich will Sie nicht enttäuschen!)

– Ich glaube nicht, dass Sie mich enttäuschen. Aber "enttäuschen" ist an dieser Stelle sicherlich nicht das passende Wort.

Wir wissen, dass die Steuermehreinnahmen durch Betriebsprüfungen zu 80 % von den großen Unternehmen kommen. Wir konzentrieren uns auf die großen Herausforderungen. Dazu gehören insbesondere Fragen der Umsatzsteuer; das hat auch eine internationale Dimension. Wenn die SPD fordert, dass wir zur Kontrolle der kleinen

Unternehmen noch mehr Betriebsprüfer einstellen sollen, dann sage ich: Ich will nicht, dass hinter jedem einzelnen Bürger, hinter jedem kleinen Unternehmer fünf Steuerfahnder stehen. Mit den Betriebsprüfungen soll dort angesetzt werden, wo es sinnvoll ist; dann holen wir auch mehr Steuereinnahmen heraus.

(Beifall bei der CSU)

Ein Letztes: Die Forderung, Artikel 6b zu streichen, kann man sicherlich erheben. Ich finde es richtig, darüber zu diskutieren; wir tun das. Wir haben zum Beispiel dafür gesorgt, dass im Rahmen der Behördenverlagerung der Artikel 6b als flexibles Instrument eingesetzt wird, um die Verlagerung gemeinsam mit den Mitarbeitern gut hinzubekommen. Das läuft.

Als wir die Herausforderungen durch das Hochwasser zu bewältigen hatten, fragte die Umweltministerin zu Recht, ob wir den Stellenabbau nicht anders angehen könnten; das haben wir gemacht.

Aber es bleibt dabei: Wir haben die Verpflichtung, mit Steuergeld sparsam umzugehen, einzuhalten. Es kommt hinzu, dass nach wie vor eine Aufgabenkonzentration stattfindet. Zumindest der Mehrheitsfraktion des Landtages ist es sehr wichtig, darüber nachzudenken, was alles staatliche Aufgabe ist. Nicht jede staatliche Stelle und nicht jede staatliche Regulation muss von Nutzen für die Bürger sein. Wir wollen einen starken, aber auch einen schlanken Staat. Das ist kein Widerspruch.

Wenn wir heute Artikel 6b streichen, führt das dazu, dass die vielen Beamtengruppen, die in den vergangenen Jahren ihren Abbaupflichtungen nachgekommen sind, am Ende die Dummen sind. Das möchte ich nicht. Darum brauchen wir Artikel 6b. Wir wollen ihn maßvoll weiterentwickeln. Ich wiederhole: Alle Belange müssen in sinnvoller Balance gehalten werden. Nach meinem Eindruck bewegen und bedrängen die Bürger in Deutschland und in ganz Europa viele andere Probleme. Der Artikel 6b steht jedenfalls in keiner Umfrage ganz oben. Kümmern Sie von der Opposition sich mehr um

die Probleme, die die Bürger wirklich bewegen, statt über so etwas zu diskutieren. –
Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.